



## Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Kinderspielplätze
- 0 Parkordnung
- 0 Eurofighter
- 0 FPÖ Zeitung

# NACHRICHTEN

Österreichische Post AG . RM Wahlen . 17A04111E . 8020 Graz

## Seniorenwohnungen Portniggstraße: Einigung im Sinne der MieterInnen

Die Gemeinde hat viele Jahre lang unter dem Titel „Sozialpolitische Maßnahmen“ einen Zuschuss zu den Hausbesorgertätigkeiten für die Seniorenwohnungen in der Portniggstraße bezahlt. Dann wurde der Zuschuss plötzlich gestrichen.

**Die** OWG legte nun die vollen Kosten des Hausbesorgers auf die MieterInnen um. Dadurch sind eine empfindliche Betriebskostenhöhung und eine Nachforderung von Betriebskosten entstanden.

**Viele** BewohnerInnen haben ein geringes Einkommen. Die Miete war schon bisher nicht gerade billig, die Erhöhung eine zusätzliche Belastung. MieterInnen waren verzweifelt und haben sich auch an die KPÖ gewandt. KPÖ-StR. Renate Pacher hat sich im Stadtrat dafür eingesetzt, dass der Zuschuss wieder auflebt. Sie hat auch nachgefragt, warum der Zuschuss plötzlich, ohne Gespräche mit den anderen Gemeinderatsfraktionen, gestrichen wurde.

**Der** Bürgermeister erklärte, man habe keinen Gemeinderatsbeschluss für die Gewährung dieses Zuschusses aufgefunden. Daher sei er als Bürgermeister verpflichtet gewesen die Zahlung einzustellen.

**Dass** dieser Zuschuss vor Jahren ohne Gemeinderatsbeschluss eingeführt wurde, ist nicht in Ordnung. Dass dadurch Handlungsbedarf entstanden ist, ist klar. Aber dass man im Alleingang die Entscheidung getroffen hat den Zuschuss einzustellen - ohne den Gemeinderat und die anderen Fraktionen zu informieren und in die Beratungen einzubeziehen - ist auch nicht in Ordnung.

**Es** gab Verhandlungen zwischen OWG und Gemeinde. Nun wurde im Gemeinderat ein einmaliger Zuschuss beschlossen. Für April 2016 bis Dezember 2017 wird ein Betrag von rund 16.471 Euro geleistet. Das ist die Hälfte der Nachforderungen für die Hausmeistertätigkeit. Die OWG übernimmt die andere Hälfte. Ab August 2017 führt die OWG eine Miet-senkung auf das Niveau vor der Erhöhung durch. Geleistete Nachzahlungen werden mit der Betriebskostenabrechnung 2018 gegenverrechnet.

**Hätte** man gleich diesen Weg eingeschlagen, hätten man den MieterInnen viel Ärger und Sorgen erspart. Aber immerhin stimmt nun das Sprichwort: „Was lange währt wird endlich gut.“

*Wir wünschen allen Knittelfelderinnen  
und Knittelfeldern einen erholsamen  
Urlaub und einen schönen Sommer!*

**Ihre KPÖ-GemeinderätInnen**



Renate Pacher



Franz Moharitsch



Sonja Karimi



Sylvia Lammer



Elvir Kujovic

# Der Raum für Kinder wird immer kleiner

Kinder und Jugendliche haben immer weniger Freiräume. Es gibt immer weniger Plätze, wo sie sich ungestört treffen oder spielen können. Immer mehr Flächen werden zugebaut. Durch die dichte Verbauung sind Interessenskonflikte mit dem Ruhebedürfnis von MieterInnen vorprogrammiert. In der Neustadt mussten in letzter Zeit zwei Kinderspielplätze Neubauten weichen.



**Der Spielplatz in der Badgasse bestand nur für kurze Zeit. Nun herrscht dort reger Baubetrieb.**

**In** der Neustadt wurde zuerst am Kinderspielplatz in der Frühlingsgasse eine Wohnanlage gebaut. Als Ersatz wurde in der Badgasse ein Spielplatz errichtet. Der bestand aber nur für kurze Zeit, nun wird auch hier gebaut. Als Ersatz dafür ist nun am Ingeringweg ein neuer Spielplatz geplant. Aber auch der hat ein Ablaufdatum.

**In** der Vereinbarung der Gemeinde mit der OWG steht, dass dieses Gelände nur bis auf Widerruf verwendet werden darf - so lange, bis die OWG auch hier baut. Wir haben damals im Gemeinderat als Protest gegen diese Vereinbarung gestimmt, denn wir wollen eine Dauerlösung.

**Nun** baut die OWG auf dem Gelände der so genannten „Jägerkühlung“ zwischen Sportgasse und Ingeringweg weitere Wohnungen. Jeder Neubau bedeutet den Zuzug neuer Familien mit Kindern. Der Bedarf nach Spielmöglichkeiten wird noch dringender.

**Bis** jetzt hat man nicht den Eindruck, dass in der Neustadt in Sachen Kinderspielplätze umsichtig vorgegangen wurde. Die Errichtung des Spielplatzes in der Badgasse hat sicherlich einiges gekostet - und bald darauf wird wieder alles weggerissen. Auch der Spielplatz am Ingeringweg hat ein Ablaufdatum.

**Oft** hat man den Eindruck, die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen haben keinen ausreichenden



**Am Gelände der sogenannten „Jägerkühlung“ werden neue Wohnanlagen errichtet.**

Stellenwert. Wir meinen Raum für Kinder und Jugendliche sollte fixer Bestandteil jeder Städteplanung sein. Dafür sollte man, wenn nötig, auch Geld in die Hand nehmen. Schon vor einigen Jahren haben wir beim Bürgermeister angeregt, die Gemeinde solle sich Teile des Geländes der Jägerkühlung für einen Kinderspielplatz sichern.

**Die** OWG hat nur einen Teil der dortigen Gründe gekauft. Wir haben im Gemeinderat deponiert, dass wir dafür eintreten, dass die Gemeinde mit der OWG vereinbart, dass der neue Spielplatz am Ingeringweg ein Dauerspielplatz wird, oder dass die Gemeinde sich das Ziel setzt die Grundstücke Ecke Ingeringweg, Industriestraße, Sportgasse zur Errichtung eines Kinderspielplatzes zu erwerben.

**Finanzreferent** Harald Bergmann erklärte, die OWG plane im Rahmen der Neubauten auf dem Gelände der Jägerkühlung einen öffentlichen Spielplatz zu errichten. Man wird sehen, ob das für die Bedürfnisse dieses aufstrebenden Wohnviertels ausreichend ist.

## Lichtblick Funcourt



**Die** Gemeinde errichtet am Geländes des Rot-Weiß-Platzes einen „Funcourt“. Das ist eine befestigte Spielfläche, die für verschiedene Sportarten genutzt werden kann. Die Anlage wird mit einem Zaun und Sitzgelegenheiten versehen. Die Kosten werden auf rund 150.000 Euro geschätzt. Die Eröffnung soll im Frühherbst erfolgen. Wir haben schon sehr lange darauf hingewiesen, dass in der Neustadt etwas für die Kinder und Jugendlichen getan werden muss. Die Errichtung dieses Funcourts ist eine gute Sache.

## Neue Wohnanlage Portniggstraße

Auch auf einer Teilfläche des Kinderspielplatzes in der Portniggstraße sind neue Wohnanlagen geplant. Das Gelände gehört der OWG. Der obere Bereich in Richtung Berufsschule bleibt als Spielplatz erhalten.

**Auch** hier gilt: Der Platz für Kinder und Jugendliche wird immer mehr beschnitten. Für die Umsetzung der beiden Wohnprojekte Jägerkühlung und Portniggstraße waren auch Gemeinderatsbeschlüsse (Umwidmung, Bebauungsplan) nötig.

**Auch** wenn uns die ganze Entwicklung nicht gefällt, ist es nicht leicht gegen den Bau von neuen Wohnungen zu stimmen. Wir haben, als einzige Fraktion, unsere Bedenken deponiert, wollten aber nicht gegen neuen Wohnraum stimmen. Es wäre an den Verantwortlichen künftig darauf zu achten, dass nicht noch mehr Freiraum verschwindet.



Auf einem Teil dieses Spielplatzes werden bald neue Wohnungen gebaut.

## Unsinnige Landesgesetze verhindern Unterstützung für BürgerInnen

Die Gemeinde hat auf Antrag der KPÖ einen Kautionsfonds eingerichtet. Im Stadtrat haben wir angeregt, dass die Gemeinde den Ankauf von Laptops für die SchülerInnen der Roseggerschule vorfinanziert. Beide sinnvollen Unterstützungsmaßnahmen sind nun durch unsinnige Landesgesetze gefährdet.

**Beim** Kautionsfonds unterstützt die Gemeinde Menschen mit geringem Einkommen mit maximal 700 Euro bei der Aufbringung der Kautions. Der Betrag wird vorgestreckt und muss in kleinen Raten an die Gemeinde zurückbezahlt werden.

### Bürokratie hoch drei

**Das** hat einige Monate gut funktioniert. Bis plötzlich das Land die Auffassung vertreten hat, das sei als Kredit zu werten. Somit bedarf die Auszahlung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Das bedeutet: ☞Die Unterstützungsanträge müssen im Gemeinderat beschlossen werden. ☞Dann müssen sie an die zuständige Landesabteilung geschickt werden. ☞Diese prüft und legt die Anträge der Landesregierung zur Beschlussfassung vor. ☞Die Landesregierung muss die Anträge in einer Sitzung beschließen. ☞Diese wandern zurück zur Landesabteilung. ☞Die Gemeinde wird von der Bewilligung informiert. ☞Dann erst darf die Auszahlung erfolgen. Inzwischen können Monate vergehen.

**Kein** Vermieter wird so lange auf die Kautions warten. Damit ist wohl früher oder später das Aus für den Kautionsfonds der Gemeinde besiegelt. Es bleibt noch der Kautionsfonds des Landes. Der ist aber schlechter. Mit dieser Bürokratie wird ein gutes Modell zu Fall gebracht. Gar nicht davon zu sprechen, dass dieser Aufwand auch Steuergeld kostet. Wahrscheinlich

sind die Kosten der Arbeitszeit der befassten BeamtenInnen höher als die Summe der Förderung.

### „Beispiel Laptop Roseggerschule“

**ÖVP** und KPÖ-GemeinderätInnen haben vor kurzem die Roseggerschule besucht. Dabei haben wir erfahren, dass die Eltern zu Schulbeginn einen Laptop für die SchülerInnen ankaufen müssen. Die Kosten dafür liegen zwischen 700 und 800 Euro. Gerade zu Schulbeginn eine enorme Belastung. Früher hat die Gemeinde den Ankauf vorfinanziert. Die Eltern haben den Betrag in Raten zurückbezahlt. Dann wurde diese Unterstützung eingestellt.

**KPÖ**-StR. Renate Pacher hat deshalb im Stadtrat angeregt, diese Unterstützung wieder einzuführen. Alle anderen Fraktionen haben diesen Vorschlag unterstützt. Die Hoffnung auf die Wiedereinführung wurde aber von Stadtamtsdirektor Mario Zechner gedämpft. Er befürchtete, dass das Land auch diese Unterstützung als Kredit sehen werde - und dann beginnt auch hier die gleiche Prozedur wie beim Kautionsfonds. Eine entsprechende Anfrage beim Land ist noch nicht beantwortet.

### KPÖ für Gesetzesänderung

**Es** ist gut, wenn das Land die Gemeinden kontrolliert. In der Vergangenheit gab es genug Skandale. Aber dabei - und bei der Gestaltung der Landesgesetze - muss es das richtige Augenmaß geben. Es kann nicht sein, dass die Unterstützung von BürgerInnen an bürokratischen Hürden scheitert. Hier geht es ja um keine großen Beträge. Die KPÖ wird im Landtag aktiv werden und eine Gesetzesänderung einbringen. Wenn die anderen Parteien die Änderung unterstützen, kann erreicht werden, dass Gemeinden Kleinkredite ohne großen bürokratischen Aufwand vergeben können.

## Projekt „Couragierte Gemeinde“ - eine Chance für mehr Sicherheit und ein besseres Zusammenleben

In vielen Gemeinden gibt es Konflikte und Probleme wie Vandalismus oder Ruhestörung. Mit dem Projekt „Couragierte Gemeinde“ versucht man derzeit in der oberösterreichischen Stadt Ansfelden Lösungen zu finden.

**Wir** haben den Antrag gestellt, die zuständigen Ausschüsse des Knittelfelder Gemeinderates sollten sich mit dem Projekt befassen und eine Durchführung in Knittelfeld prüfen.

**In** der oberösterreichischen Stadtgemeinde Ansfelden wird unter dem Titel „Couragierte Gemeinde“ ein Sicherheitsprojekt durchgeführt. Dort wird versucht auf Basis des Konzeptes der „Neuen Autorität“ Lösungen für Probleme, (Vandalismus, Ruhestörungen, Konflikte...), die viele Gemeinden betreffen, zu finden. Informationen dazu sind im Internet unter <http://www.neueautoritaet.at/index.php?id=45> zugänglich.

„**Neue** Autorität“ ist ein systemischer Ansatz, der Personen mit Führungsverantwortung (Eltern, LehrerInnen, SozialpädagogInnen, Führungskräfte, GemeindepolitikerInnen, usw.) stärkt und ihnen Mittel zur Durchsetzung ihrer Aufgaben in die Hand gibt.

**Das** Konzept wurde in Israel entwickelt und stellt Methoden, Strategien und Instrumente zur Verfügung, die viele Schwierigkeiten und Konflikte des Alltags erst gar nicht aufkommen lassen. Der Gemeinde Ans-



felden erwachsen durch die Inanspruchnahme von Förderungen keine Kosten. Ein solches Projekt wäre auch für Knittelfeld wünschenswert.

**In** der Diskussion wurde erklärt, ein solches Projekt gebe es bereits unter dem Titel „Jung sein in Knittelfeld“. Es gibt zwar dieses Projekt, aber hier wendet man sich - wie der Name schon sagt - an Jugendliche. Das Projekt „Couragierte Gemeinde“ ist speziell auf Gemeinden zugeschnitten und richtet sich an alle Bevölkerungskreise.

**Uns** war klar, dass der Gemeinderat nicht sofort ein solches Projekt beschließen wird. Deshalb haben wir bewusst nur den Antrag gestellt, das Projekt solle in den Ausschüssen diskutiert und geprüft werden. Die Annahme des Antrags hätte den Gemeinderat zu keiner Durchführung verpflichtet. Wir wollten nur, dass dieses Projekt zum Thema wird. Das war leider nicht zu erreichen. Unser Antrag wurde - für uns unverständlich - von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

## Gratisparkplätze für E-Autos, Anreiz oder Privileg?

**Der Gemeinderat hat eine neue Parkordnung beschlossen. Neu ist, dass Elektroautos nun gratis parken dürfen. Die KPÖ hat der neuen Verordnung nicht zugestimmt.**

**Wir** haben schon länger darauf hingewiesen, dass wir den Parktarif vor dem Spital als zu teuer empfinden. Als die neue Parkordnung das erste Mal diskutiert wurde, haben wir angeregt, dort die gleichen Tarife wie in der Innenstadt zu verlangen.

**Leider** wurde unsere Anregung mit Verweis auf den neuen Parkplatz der KAGES nicht umgesetzt. Aber auch diese Tarife sind etwas teurer als das Parken im Zentrum. Wir sind der Meinung, die Parkplätze vor einem Krankenhaus sollten nicht teurer sein als in der

Innenstadt. Der zweite Grund, warum wir nicht zugestimmt haben, ist das Gratisparken für E-Autos.

**Beim** Parken geht es um die Nutzung des öffentlichen Raums. Ein E-Auto verbraucht genauso viel Platz. Die Anschaffung eines E-Autos ist sehr kostspielig. Das können sich nur finanziell Bessergestellte leisten. Die paar Cent für den Parkplatz spielen bei der Kaufentscheidung wohl kaum eine Rolle. Wir sehen in einem Gratisparkplatz für E-Autos eher ein Privileg als einen wirkungsvollen Kaufanreiz.

**P.S:** Dass E-Autos wirklich die bessere Umweltbilanz haben und das Verkehrsproblem lösen können, wird nicht nur von Umweltorganisationen stark angezweifelt.

**Raiffeisenbank  
Aichfeld**



# BINDER

WILLKOMMEN BEI UNS!



GMBH

Schulgasse 11 / Ecke Parkstraße  
A-8720 Knittelfeld  
Tel.: 03512 / 820 25  
office@bindergmbh.at  
www.bindergmbh.at

## Geld für Soziales statt für Rüstung Wir brauchen keine neuen Abfangjäger!



*In den letzten Wochen waren die Eurofighter wieder extrem laut. Da wird man bei jedem Drüberdonnern daran erinnert, wie korrupt es beim Kauf der Flieger zugegangen ist.*

Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hat die ÖVP/FPÖ Regierung im Jahr 2000 den Kauf der Eurofighter durchgedrückt. Die SPÖ hat danach versprochen aus dem Kauf auszusteigen. Nach den Nationalratswahlen war alles vergessen.

**Der** Kauf der Eurofighter war die größte militärische Beschaffung in der Zweiten Republik. Schon beim Ankauf gab es den Verdacht, dass hier viel Schmiergeld geflossen ist. In der Anzeige des Verteidigungsministeriums ist nun von Bestechung, Schmiergeldzahlungen und dubiosen Gegenständen die Rede. Mindestens 1,1 Milliarden Euro Schadenersatz wird gefordert. 183,4 Millionen für Bestechungen sollen von EADS auf den Kaufpreis aufgeschlagen worden sein. Die österreichischen SteuerzahlerInnen haben demnach nicht nur diese Kriegsgeräte, sondern auch die Bestechungsmillionen bezahlt.

**Die** Entscheidung zum Kauf der Eurofighter kam aber nicht nur durch mögliche Schmiergeldzahlungen zustande. Die Eurofighter sind jenes Flugmodell, das in die EU-Armee passt. Der Ankauf war auch ein Liebesdienst an die Aufrüstungspläne der EU und eine Stärkungsmaßnahme zum Aufbau eines großen europäischen Rüstungskonzerns (EADS nun Airbus). Der Kauf der Eurofighter diente vor allem dem Ziel, Österreich nahtlos in eine EU-Armee einzugliedern.

**Nun** wurde der Ausstieg aus den Eurofightern beschlossen. Man wird sehen, was von diesen Plänen nach der Wahl noch übrig bleibt. Der Eurofighter-Skandal wäre Grund genug auszusteigen und die Finger von neuen Abfangjägern zu lassen. Wir brauchen Geld für Soziales, Bildung und Umweltschutz. Eine Luftraumüberwachung ist auch ohne Kampffjets möglich. Die KPÖ ist für ein neutrales Österreich, das weder in die NATO, noch in andere Militärbündnisse eingebunden ist.

## Knittelfelder

### NACHRICHTEN

#### Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

## Ferien mit Kinderland!

**Ferienaufenthalte am Turnersee in Kärnten  
und in St. Radegund bei Graz.**

**Anmeldung und Infomation:**

KPÖ Knittelfeld, Tel.: 03512/82240

## Aus dem Gemeinderat

### Nachtragsvoranschlag

**Wenn** es bei den Einnahmen und Ausgaben Änderungen gibt, muss ein Nachtragsvoranschlag beschlossen werden. Basis dieses Nachtragsvoranschlags ist das Budget. Dem hat die KPÖ nicht zugestimmt. Wir haben auch den Nachtragsvoranschlag abgelehnt.

Eine Zahl ist uns besonders aufgefallen: Für „TV und Radioberichterstattung“ sind weitere 3.000 Euro eingeplant. Somit sind heuer dafür rund 23.200 Euro vorgesehen. Das ist um fast 10.000 Euro mehr als im Vorjahr.

### Erhöhung Musikschularife

**Die** Tarife für den Besuch der Musikschule werden, je nach Unterrichtsart, zwischen 3,9 und 4,2 Prozent angehoben. Weit mehr als die letzten Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgemacht haben. Die Tarife werden vom Land vorgegeben. Der Gemeinderat kann sie nicht selbst gestalten. So werden die Mitglieder des Gemeinderates zu „Handaufhebern“ degradiert. Damit, und mit der Höhe der Anhebung, waren wir nicht einverstanden. Die KPÖ hat aus Protest dagegen gestimmt.

### Kleingartenanlage

**Es** gibt von mehreren MieterInnen der Kleingartenanlage in der Badgasse den Wunsch die Grundstücke von der Gemeinde zu erwerben. Nun wurde der Grundsatzbeschluss dazu gefasst. Derzeit gibt es 13 Interessenten.

### Kautionsfonds

**Auf** Initiative der KPÖ gibt es seit einiger Zeit einen Kautionsfonds der Gemeinde. Nun hat auch das Land einen solchen Fonds eingeführt. Beide Fonds sind in Form eines Kleinkredites gestaltet. Von der Gemeinde werden maximal 700 Euro vorgestreckt, beim Landesfonds sind es 500 Euro. Nun wurde die Gewährungsrichtlinien so gestaltet, dass nur bei einem der beiden Fonds angesucht werden kann. Damit waren wir nicht einverstanden.

Der Bezug einer neuen Wohnung ist oft mit hohen Kosten verbunden: Kautions-, Vergebühung, manchmal Maklergebühren, der Umzug, neue Möbel oder Sanierungsarbeiten. Beide Kautionsfonds sind keine Geschenke, sondern das Geld muss zurückbezahlt werden. Außerdem gibt es Einkommensgrenzen (ca. 1.000 Euro im Monat bei unserer Gemeinde). Nur wer ein kleines Einkommen hat, bekommt den Kleinkredit. Warum soll man nicht bei zwei Stellen ansuchen dürfen? So würden sich Menschen mit einem kleinen Einkommen viel leichter tun eine neue Wohnung zu bekommen. SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten für die Verschlechterung.

## Richtigstellung zu zwei Artikeln in der FPÖ-Zeitung

### Schulzentrum Knittelfeld

In einem von FPÖ-GR Jürgen Zopper gezeichneten Artikel über das Schulzentrum Knittelfeld steht: „Außerdem werden im Schulzentrum seit einiger Zeit Deutschkurse für Asylwerber abgehalten.“ „Eltern berichten, dass sich ihre Kinder weder in den Pausen noch während des Unterrichts alleine trauen, aufs WC zu gehen“. „Die Stadtgemeinde und die Polizei sehen weg“.

**Das** hat uns beunruhigt und wir haben uns erkundigt. Weder der Direktion der Polytechnischen Schule, noch des Gymnasium waren solche Vorfälle bekannt. Weder Eltern noch Schülerinnen haben sich mit diesem Problem an den Lehrkörper gewandt. Beide Direktoren gaben sich überzeugt, dass, wenn es solche Probleme gebe, sich die Schülerinnen sofort an die Lehrkräfte wenden würden.

**Weiters** steht im FPÖ-Artikel zu lesen: „Aufgrund der besagten Vorfälle und Gründe hat der Elternverein in Eigenregie einen Selbstverteidigungskurs für die Schüler organisiert. Eine finanzielle Unterstützung seitens der Gemeinde wurde mit der Begründung abgelehnt, dass so etwas doch nicht nötig sei.“

**Der** Direktor des Gymnasiums, Prof. Mag. Peter Kassal, hat uns erklärt, dass es im Frühjahr in der Nähe des Schulzentrums einen Übergriff auf ein Mädchen gegeben habe. Der Täter trug eine Kapuze, redete nicht. Er konnte nicht ausgeforscht werden. Daraufhin wurde sofort zusammen mit Polizei und Gemeinde ein Sicherheitskonzept umgesetzt. Das beinhaltet z.B. eine bessere Beleuchtung und Selbstverteidigungskurse. Hier sei man auf einem guten Weg.

**Tatsache** ist, dass im Stadtrat eine Förderung an den „SchulGemeinschaftsAusschuss des BG/BRG Knittelfeld“ in der Höhe von 500 Euro beschlossen wurde. Dieser Ausschuss organisiert Selbstverteidigungskurse für Kinder und Eltern. Daran haben bisher 195 Kinder und 14 Eltern teilgenommen.

**Nach** unseren Nachforschungen stellen sich einige Fragen:

- ➔ Wie wahrscheinlich ist es, dass sich Kinder im Schulzentrum nicht mehr alleine auf das WC trauen, sich aber weder Kinder noch Eltern damit an die Lehrerschaft wenden?
- ➔ Kurz vor Erscheinen der FPÖ-Zeitung war Gemeinderatssitzung. Wenn es so massive Probleme gibt, warum hat dann die FPÖ das mit keinem einzigen Wort im Gemeinderat zur Sprache gebracht?
- ➔ Warum wird behauptet, dass eine finanzielle Unterstützung der Selbstverteidigungskurse abgelehnt wurde, wo es doch den Förderungsbeschluss gibt?
- ➔ Warum wird behauptet, dass Polizei und Gemeinde wegschauen, wo es doch bereits ein Sicherheitsprojekt ins Leben gerufen wurde?

### Energiekostenbeihilfe

FPÖ-Vize BGM Siegfried Oberweger schreibt in der FPÖ Zeitung zum Thema Einführung einer Energiekostenbeihilfe: „Die Stadträtin der KPÖ kritisierte den Antrag abermals, diesmal aber nicht erfolgreich, denn er wurde von der SPÖ sowie von allen anderen Fraktionen kritiklos angenommen“. Dadurch wird der Eindruck erweckt, die KPÖ hätte gegen die Energiekostenbeihilfe gestimmt. Das ist aber nicht der Fall.

**Tatsache** ist, dass der Antrag einstimmig beschlossen wurde. Wir haben den Antrag zwar kritisiert, aber mitgestimmt. Korrekt wäre gewesen zu schreiben, was wir am FPÖ-Antrag kritisiert haben.

**Es** gibt einen Heizkostenzuschuss der Gemeinde in der Höhe von 60 Euro. Der wird an MindestpensionistInnen, MindestsicherungsbezieherInnen und BezieherInnen von Reahageld (frühere I-Pension) ausbezahlt. Der FPÖ hat den Antrag gestellt, dass zusätzlich 40 Euro an MindestpensionistInnen ausbezahlt werden. BezieherInnen von Reahageld und Mindestsicherung sind von der Erhöhung ausgeschlossen. Wir waren der Meinung, auch diese Menschen sollten die zusätzlichen 40 Euro bekommen.

**Wer** Reha-Geld bezieht ist krank. Das Reahageld ist zumeist nicht sehr hoch. BezieherInnen von Mindestsicherung haben insgesamt das geringste Einkommen. Rund zwei Drittel davon sind berufstätig, verdienen aber so wenig, dass sie einen Zuschuss zum Überleben brauchen. All diese Menschen könnten die zusätzlichen 40 Euro gut gebrauchen.

**Ein** Beispiel aus unserer Sprechstunde: Eine allein-stehende ältere Knittelfelderin bekommt auf Grund ihrer starken Rückenschmerzen keine Arbeit. Die Frühpension wurde abgelehnt. Weil sie in ihrem Beruf wenig verdient hat, bekommt sie wenig Notstand. Um nicht in völlige Armut zu versinken, bekommt sie aus der Mindestsicherung einen Zuschuss.

**Warum** sollte man diese Frau von der neuen Energiekostenbeihilfe ausschließen? Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch BezieherInnen von Reahageld und Mindestsicherung die Erhöhung bekommen.



## Wunsch nach Trinkwasser und zusätzlichen Geräten



Im Knittelfelder Sportstadion gibt es eine Reihe von Fitnessgeräten gratis zu benutzen.

**Nach** dem Motto: „Fit ohne Kommerz“ wurde im Vorjahr im Sportstadion ein Fitnesspark eröffnet werden. Dort kann eine Reihe von Fitnessgeräten kostenlos benutzt werden. Die Anlage wird sehr gut angenommen. An KPÖ-GR Sylvia Lammer wurden Wünsche nach zusätzlichen Geräten und einem Trinkwasserbrunnen herangetragen. Diese Anliegen wurden in der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht.

**Finanzreferent** Harald Bergmann antwortete, der Wunsch nach Trinkwasser werde geprüft, sei aber schwierig zu erfüllen, da es dort keine Wasserleitung gebe. Auch der Ankauf neuer Geräte werde geprüft.

## Das Wort „Sonderschule“ sollte der Vergangenheit angehören

Die Knittelfelder Pflichtschulen müssen neu benannt werden. Die Bezeichnung wird vom Gesetz vorgegeben. Der Gemeinderat muss die Namen beschließen, hat aber selbst keine Möglichkeit zur Gestaltung. Eine der beschlossenen Bezeichnungen lautet: „Allgemeine Sonderschule Knittelfeld“. Das Wort „Sonderschule“ ist ein völlig veralteter und diskriminierender Begriff.

**Darauf** darauf hat KPÖ-GR Sylvia Lammer im Gemeinderat hingewiesen. Damit wird den SchülerInnen signalisiert, dass sie „sonderbar“, anders als die anderen seien. Der Begriff „Sonderschule“ ist stigmatisierend und sollte in einem modernen Bildungssystem nicht mehr verwendet werden.

**GR** Heidemarie Krainz-Papst berichtete, dass es schon seit Jahren Bemühungen von LehrerInnen gäbe, den Begriff „Sonderschule“ zu ändern. Bisher leider ohne Erfolg.

**Ein** modernes Bildungssystem sollte die SchülerInnen maximal fördern. Hier geht es „nur“ um ein Wort. Aber auch Begriffe sind wichtig. Es sollte im Jahr 2017 selbstverständlich sein das Wort „Sonderschule“ nicht mehr zu verwenden. Leider ist das nicht der Fall.

## Glyphosatfreie Gemeinde

Glyphosat ist ein weltweit verbreitetes Unkrautvernichtungsmittel. Es steht stark im Verdacht krebserregend zu sein. Es schadet Insekten (Bienen) und der Umwelt. Umweltschutzorganisationen bemühen sich um ein Verbot. Die EU aber will die Anwendung im Interesse der Konzerne weiterhin erlauben.

Greenpeace hat die Aktion „glyphosatfreie Gemeinde“ ins Leben gerufen. Alle österreichischen Gemeinden wurden kontaktiert, ob sie im gemeindeeigenen Bereich Glyphosat verwenden würden. Da Knittelfeld nicht auf der Liste der glyphosatfreien Gemeinden aufschien, fragte KPÖ-GR Elvir Kujovic nach.

Vize-Bgm. Guido Zeilinger antwortete, er habe vor ein paar Jahren als Umweltreferent die Verwendung von Glyphosat in der Gemeinde thematisiert. Damals sei es in einigen Bereichen verwendet worden. Auf seine Initiative hin wurde die Verwendung eingestellt. In der Gemeinde Knittelfeld wird heute kein Glyphosat mehr verwendet. Ein nachahmenswertes Beispiel.

**Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.**

Unsere Internetadresse:

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

E-Mail:

[kpoe.knittelfeld@aon.at](mailto:kpoe.knittelfeld@aon.at)

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnis des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld“

## Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

[www.steinbergerhof.at](http://www.steinbergerhof.at)

# Nationalratswahl: Claudia Klimt-Weithaler ist steirische KPÖ-Spitzenkandidatin



Die KPÖ-Steiermark hat Claudia Klimt-Weithaler als steirische Spitzenkandidatin für die Nationalratswahl im Oktober gewählt.

**Claudia** Klimt-Weithaler wurde in Fohnsdorf geboren und arbeitete bis 2010 in der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung, zuletzt als Leiterin einer Kinderkrippe.

Sie hat zwei Töchter. 2005 zog sie für die KPÖ in den steirischen Landtag ein, 2010 folgte sie Ernest Kaltenegger als Klubchefin nach.

**Claudia** Klimt-Weithaler: „Eine Stimme für die KPÖ ist auch bei der Nationalratswahl keine verlorene Stimme. Wir haben in der Steiermark gezeigt, dass eine andere Politik möglich ist. Ich bin davon überzeugt, dass sich sehr viele Menschen diese Politik auch auf Bundesebene wünschen.“

**Schwerpunkte** werden die Themen „Arm und Reich“, soziale Gerechtigkeit und Wohnen sein. Die KPÖ führt derzeit eine bundesweite Kampagne für die Senkung der explodierenden Wohnkosten durch. Mit dieser parlamentarischen Bürgerinitiative möchte die KPÖ den Druck auf die kommende Bundesregierung erhöhen, die lange versprochene, aber nie umgesetzte Mietrechtsreform in Angriff zu nehmen.

**Österreich** ist europaweit eines der Länder mit den am schnellsten steigenden Wohnkosten. Dass Menschen mehr als zwei Drittel ihres Einkommens für Miete und Betriebskosten ausgeben, ist keine Seltenheit mehr.

**In** Österreichs politischer Landschaft ist einiges in Bewegung geraten. Die Inszenierungen und Streitereien zeigen, dass es nur um Posten und Einfluss geht. Die alltäglichen Probleme der Menschen treten in den Hintergrund. Deshalb braucht es eine verlässliche Kraft wie die KPÖ, die die soziale Frage auch dann nicht vergisst, wenn der Wahlkampf vorbei ist.

## Wohnen darf nicht arm machen

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

### Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Die Regierung hat uns ein modernes und soziales Mietrecht versprochen. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Immer mehr Menschen können sich Mieten und Betriebskosten nicht mehr leisten. Vermieter, Makler, Wohnbaugesellschaften und Spekulanten machen große Gewinne aus dem Geschäft mit der steigenden Wohnungsnot.

**Wir fordern:**

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Mit Ihrer Unterschrift tragen Sie dazu bei, die Regierung an ihre eigenen Versprechen zu erinnern. Diese Forderungen werden auch von Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Mieterschutzorganisationen, und Seniorenverbänden erhoben.

**Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für leistbares Wohnen!**

Name	Adresse	Geburtsdatum	Datum	Unterschrift

**Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld  
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240**